

## Der Umsturz der Demokratie



Als Richard v. Weizsäcker 1984 die Bundesrepublik als Bundespräsident und bis dahin schon langjährig und seit Kriegsende 1945 erfahrener Anwalt in der Geschichte zur neuen deutschen Verfassung des juristischen Grundwesens, in den Aufgaben des obersten Vertreters des Staates, sein Amt übernahm, hatte er schon viele Männer und Frauen als Bürgermeister von München und Berlin in den Ämtern der Politik, an den Rednerpulten und in ihren Funktionen des entstehenden Staatswesens kommen und gehen gesehen.

Bemerkenswert für mich war eine Rede in den Jahren seiner Regierungszeit, die kaum einer weiteren Erklärung bedarf. In der es um die Macht der Machthabenden und den politischen Machtanspruch an sich ging.

In dem die Demokratie als höchste Errungenschaft der Macht in ihrem Verhältnis zugleich über und im Dialog zum regierten Volk steht. Und sie die stets verlangte Gerechtigkeit in der Wirkung von Recht und Unrecht im Verhältnis zu den erlassenen Gesetzen in der Judikative rechtfertigen muß. In der die erstellten Gesetze in der Aufsicht durch die beauftragte Machtstellung der Staatsregenten, der Richter in den Ämtern und Organen nur ebenso ihre Gültigkeit besitzen, wie die Mitwirkung im Volk verlangt werden kann und sie dort funktionieren können.

Aber, und dies war eben die Ergänzung und Erfahrung aus den Jahren der Geschichte der Europäer, sich die alleinige Vollmacht der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Ordnung und der Verurteilungen nicht ausschließlich in der Macht der einzelnen Parteien, der Machthaber und ihrer Kontrollorgane befinden dürfen.

Die Bundesrepublik hat darum zum Schutz vor solcher Willkür des Einzelnen, der Gruppen und Fraktionen einen unabhängigen Kontroll- und Bundesrat eingeführt der alle Gesetze zuvor in den Machtansprüchen und Wirkungen zu überprüfen hat. Seine Unabhängigkeit läßt einen Widerspruch nur in der Überprüfung der Sachlage zu.

Eine Demokratie bedeutet an dieser Stelle die Vielseitigkeit der Meinungen, der Interessen, der Entwicklungen und Vertretungen der Gruppen, der Bevölkerungsteile und Abstammungen. Die aus den verschiedenen Ethnien, den Glaubensrichtungen und Herkunftsländern bestehen, aus denen ein Staat sich im Parlament zusammensetzt.

In der Regelmäßigkeit und Üblichkeit sind diese Forderungen bereits in einer Verfassung des Staates festgelegt, die dann in der Einzelstaatlichkeit von den Vereinten Nationen der Weltgemeinschaft der Völker zugelassen wurde.

Die Europäische Gemeinschaft hat lange um diese Vertragsform diskutiert und sich dann mit seinen vielen Beteiligten für einen einheitlichen Vertrag seiner Länder entschieden. Indem alle die selbstverständlichen und menschenwürdigen Pflichten und Rechte der Bürger in den Staaten Europas miteinander garantiert sind.

Nach einer langen Wartezeit von zuletzt neun (9) Jahren, in denen jeder Beitrittsstaat Europas sich bewähren muß, und er in dieser Zeit die Regeln in Europa zu akzeptieren und einzurichten hat, sollte eigentlich die Türkei ein weiteres Mitglied zur Gemeinschaft werden. Seit einigen Jahren allerdings zeigt sich die Machtstruktur in der Türkei auf ein persönliches Regime in den Ansichten des einzelnen und mächtigen Präsidenten der Türkei zuzubewegen. Anhänger seiner regierenden Partei AKP unterstützen dabei seine Vorhaben zur veränderten Staatsgerechtigkeit und Staatsgewalt.

Die Türkei begann in den Vorjahren nach und nach und ganz direkt ihr Rechtssystem zu einem persönlichen Zuschnitt der Regentschaft umzuformen. Eine deutliche Veränderung

wurde bemerkbar, in der keine andere multipolare Meinung seiner Bürger mehr geduldet wird. Wurden Journalisten verfolgt und verhaftet. Wird die öffentliche Meinung und Kritik bestraft, werden einzelne Menschen inhaftiert und werden ihre Einrichtungen, Zeitungen und verbreiteten Arbeiten zerstört.

Nach einem sogenannten Putschversuch diesen Jahres, der aus der Sicht der Beobachter eher einer Demonstration des Generalissimus gegen ihr Staatsoberhaupt ähnlich sah, die Türkei führt Krieg in Kurdistan und an der Grenze zu Syrien, verschlechtert sich die zuvor schon riskante Lebensweise vieler Ethnien, der Kurden und der anderen Meinungsvertreter im Parlament, im Gerichtswesen, in Schulämtern und in der Bildung Zusehens.

Auf seiner Linie (Auszug aus dem Tagesspiegel 21.7.2016)

Mehr als 2700 Richter wurden nach Behördenangaben vom Dienst suspendiert, etwa 8000 Polizisten verloren ihren Job. Im Bildungswesen wurde 21.000 Lehrern an Privatschulen die Zulassung entzogen, 15.200 Mitarbeiter des Bildungsministeriums mussten gehen. Auch die Universitäten werden „gesäubert“ – die junge Generation in der Türkei dürfte überwiegend von Lehrern und Professoren unterrichtet werden, die auf ihre Linientreue hin überprüft worden sind und die wissen, dass jede Kritik an der Regierung den Rauschmiss oder Schlimmeres nach sich ziehen könnte.

(TG/ Susanne Güsten)

**Den Nachrichten vor Ort entsprechend gab es Todesopfer und Lynchjustiz im Volk von den Anhängern der AKP, und wird laut die Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert.**

Ein starkes und fähiges Europa kann ein Vieles in den individuellen Eigenarten der Völker verkraften, sind die Formulierungen und Gestaltungen der Beitrittsstaaten immer etwas different zur Gemeinschaft. Kann diese versuchen zur Mäßigung anzuhalten und kann sie individuell nach Lage der Dinge fördern in den Entwicklungen.

Ein Europa der Zukunft hat nicht den gewaltsamen Tod als Urteil im Gesetz, nicht die Vergeltung im Rechtswesen, und keine Unterdrückung der anderen Meinung im Bewußtsein seiner Philosophien, es erfolgt üblicherweise in den Ländern Europas eine Rechtsprechung durch ein unabhängiges Gerichtswesen seiner Richter, und nicht durch den Gnadenerlass eines Machthabers, und immer in der Rechtfertigung und Verantwortlichkeit seiner Machthaber, die wie vom Volk verlangt glaubwürdig der Wirklichkeit zu entsprechen haben. Von den Machthabern in der Mehrheit bestimmt, gesagt und zur Ausführung veranlasst, wie sie von ihrem Volk gewählt und beauftragt sind.

Die europäische Mitsprache, Anregung und Vertragsgestaltung in der Türkei ist vorläufig außer Kraft gesetzt. Befürchtet werden muß eine Verfolgung der ungeliebten und gar verhassten Minderheiten. Die sich in der Aggression vermutlich ebenso entladen könnte, wie es die Geschichte Europas schon mehrfach vor 1945 und vereinzelt in den Jahren danach erleben mußte. In denen die Religion und Abstammung der Bevölkerungen den zur Macht gelangten Führern des Volkes Anlass wurden für Verfolgung und Mord.

**Wenn es irgendwann noch ein Europa mit der Türkei geben sollte, dann müssen vorher Sanktionen und Menschenrechtsfragen den Weg bereiten, und darf es an Ermahnungen nicht fehlen.**

A.H.S.